



INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

**Stellungnahme  
zur Novellierung des Gesetzes über die  
Metropolregion FrankfurtRheinMain**

Frankfurt am Main, 11. Januar 2018



# INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

## **Grundsätzliches:**

Die Europäische Metropolregion FrankfurtRheinMain mit dem Regionalverband als Kerngebiet bietet mit ihrer vielfältigen Geschichte, ihren Städten und Gemeinden, lokalen Eigenheiten und regionalen Besonderheiten, ihren Landschaften und Freiräumen und ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kompetenzen einen Lebens- und Arbeitsraum, wie er in seiner Vielfalt in der Welt vermutlich selten ist.

Diese Vielfalt in Einheit zu bewahren und zu fördern, lokale Besonderheiten zu schützen, die Menschen in ihren Eigenheiten zu respektieren, Landschaften und Freiräume zu entwickeln, die Offenheit für das Fremde zu kultivieren und Wohlstand auf Grundlage des Prinzips der Nachhaltigkeit zu sichern, ist erste Aufgabe jeder regionalen Initiative und Politik in FrankfurtRheinMain.

Wir sind überzeugt, dass wir die Qualitäten dieses einmaligen Lebens- und Kulturraumes **langfristig** nur dann gewährleisten und verbessern können, wenn es uns gelingt, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, diesen Raum als neuen Typus einer „Stadt“ von metropolitanem Ausmaß zu verstehen. Dieser Ansatz denkt die Idee des Landmannschen Städtekranzes unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts, den Anforderungen der Globalisierung und der Bewahrung ihrer Besonderheit konsequent zu Ende.

Auf dem Weg zu diesem Ziel kommt dem Regionalverband FrankfurtRheinMain als Kernraum der Metropolregion eine Schlüsselrolle zu. Der Verband muss in seinem Zuschnitt, seinen Aufgaben und seiner Arbeitsweise gestärkt werden. Er bildet den Nukleus für alle weiteren Entwicklungen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

## **Das Metropolgesetz:**

Die Hessische Landesregierung und auch die meisten im Landtag vertretenen Parteien haben erkennen lassen, dass sie das Thema „Metropolgesetz“, wie das gesamte Thema „Verfassung der Rhein-Main-Region“ bis auf weiteres nicht auf die Agenda setzen wollen. Die jetzt anstehende formal notwendige Überprüfung des gültigen Metropolgesetzes aus dem Jahr 2011 soll keine gravierenden Änderungen bringen.

Wenn über Region gesprochen wird, dann soll es nicht um Institutionen gehen, sondern um Inhalte und konkrete Projekte. Die Landesregierung spricht in diesem Sinne über ein länderübergreifendes Projekt „RheinMain2030+“ und hat ein „Zukunftsforum Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main“ initiiert. Die Wirtschaft versucht das Thema auf der Tagesordnung zu halten, indem sie jährliche „Metropolentage“ in der Frankfurter Industrie- und Handels-



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

kammer durchführt und bemüht sich, das Vakuum, das der Staat nicht durch eine ernsthafte Reform des Metropolengesetzes füllen will, mit Projekten wie „Frankfurt RheinMain 2030“ oder „PERFORM“ zu füllen.

Alle diese Projekte mögen jeweils für sich genommen durchaus sinnvoll sein, aber sie sind unkoordiniert, rauben sich gegenseitig die Ressourcen und damit die Chancen auf Erfolg. Und sie können die Verfassungsdiskussion letztlich nicht ersetzen.

Die Autoren des vorliegenden Papiers sind der Auffassung, dass das gültige Metropolengesetz keine zukunftsorientierte Lösung gebracht hat.

Dafür spricht Folgendes:

- Der Regionalverband ist zurzeit leider so aufgestellt, dass er seine Rolle eines zentralen Spielers zur strategischen Ausrichtung und Entwicklung der Region nur unzureichend ausfüllen kann. Dies liegt wesentlich auch an den Vorgaben des Gesetzes und hat dazu geführt, dass die Wirtschaft stattdessen sogar einen neuen und zudem länderübergreifenden „strategic board“ für diese Funktion gefordert hat.
- Dem Verband ist die Erstellung des „Regionalen Flächennutzungsplanes“ in Verbindung mit dem Regionalplan für die Region Südhessen gelungen. Eine sehr respektable Leistung, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass es sich dabei um ein äußerst kompliziertes, äußerst störanfälliges und - für ein so wichtiges Steuerungsinstrument besonders problematisch – intransparentes verwaltungstechnisches Konstrukt handelt. Hinzu kommt, dass der seit 2011 rechtskräftige Plan zwar insgesamt ein dickes Polster an Neubauf Flächen vorsieht, dabei jedoch von einem sehr viel geringeren als seither realisierten und weiter erwarteten Bevölkerungszuwachs ausgeht. Im Zuge der Planerstellung wurde die Diskussion über „Reurbanisierung“ und Wohnungsnot nicht, oder noch nicht, mit der Dringlichkeit geführt, die das Thema heute erfordert.
- Das Nebeneinander der vielen unterschiedlichen regionalen Gesellschaften und Vereine ist ineffizient. Synergien und Potentiale werden nicht genutzt. Ferner sind einige Gesellschaften (u. a. als Preis der Freiwilligkeit) instabil. Zumindest zwei stecken inzwischen in ernsthaften Schwierigkeiten: Der Rhein-Main-Abfall GmbH droht die Zersplitterung.



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

- Das Geschäftsmodell, das den Regionalparkgesellschaften zugrunde liegt, funktioniert nicht mehr. Wenn der Hauptsponsor seine Förderung einstellt, droht das „Erfolgsmodell“ zu scheitern.
- Der gravierende Mangel an bezahlbarem Wohnraum muss angegangen werden. Da es bei der gegenwärtigen Verfassung der Region keine regionale Verantwortung für die aktive Förderung des Wohnungsbaus gibt, reagiert die Stadt Frankfurt, indem sie Problemlösung mit einer neuen Großsiedlung auf eigener Gemarkung versucht: gegen den Widerstand der Nachbarkommunen, in bisher geschützten Freiflächen und obwohl der regionale Flächennutzungsplan im Umland erhebliche Potentiale in guter Erreichbarkeit und ohne weitere Eingriffe in sensible Freiflächen vorsieht.
- Alltäglich bricht der Verkehr in der Region in unzähligen Staus zusammen. Aber 35 Jahre lang wird unter den Kommunen darüber gestritten, ob man ein so offensichtlich sinnvoll entlastendes Projekt wie die Regionaltangente West realisieren soll - ganz zu schweigen von der Regionaltangente Ost, an der bisher noch nicht einmal ernsthaft geplant wird!

### Fragen/Folgerungen:

Wenn man die Region wirklich voranbringen will, wird man um eine Reform nicht herumkommen. Die Diskussion darüber kann nicht ausgespart werden. Deshalb werden mit diesem Papier Vorschläge gemacht - in der Hoffnung, dass es doch endlich einmal gelingt, eine solche Debatte fruchtbar werden zu lassen.

Das bedeutet, dass man sich mit mindestens vier Fragen erneut beschäftigen muss:

a) Mit der Frage der **Abgrenzung** des Gebietes, das die regionale Organisation umfassen soll. Das Gebiet des gegenwärtigen Regionalverbandes ist nach unserer Auffassung zu klein.

b) Mit der Frage der **Aufgaben**, die sie übernehmen und für die sie verantwortlich sein soll. Der Regionalverband hat als einzige wirklich relevante originär eigene Aufgabe nur die der regionalen Flächennutzungsplanung und die Landschaftsplanung. Das halten wir für zu wenig.



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

c) Mit der Frage der **Organisation**. Soll es für eine gestärkte regionale Ebene bei einer Verbandslösung bleiben wie bisher? - wenn die Region zumindest theoretisch auch als Einheitsgemeinde mit schwachen Ortsbezirken oder als eine Stadt mit starken Bezirken wie z.B. Berlin organisiert werden könnte? Soll es doch den Regionalkreis geben, so wie er seit Jahren in der Region Hannover verwirklicht ist?

d) Mit der Frage der **Legitimation**, d.h. soll es ein direkt gewähltes Parlament geben wie vormals beim Umlandverband Frankfurt? Oder soll es, wie bisher für den Regionalverband Frankfurt RheinMain bei der Versammlung von Delegierten der Verbandskommunen bleiben, bei deren Willensbildung naturgemäß immer die Belange der Kommunen und nicht unbedingt die Belange der Region im Vordergrund stehen? – was nach unserer Auffassung aber notwendig wäre.

Auf der Suche nach angemessenen Antworten sind wir auf ein Projekt, die sog. „Hertie Studie zur Region Frankfurt RheinMain“ gestoßen, die in den vergangenen Jahren maßgeblich von der Wirtschaft, genauer vom „Verein zur Standortentwicklung Frankfurt/Rhein-Main“, angestoßen wurde. Die Studie liefert zum Thema Regionalbewusstsein drei äußerst spannende Befunde.

### **Befund (1):**

Ein knappes Drittel der 3000 Befragten gibt an, „dass sie eigentlich keine Vorstellung davon haben, was das eigentlich ist, die Rhein-Main-Region“ ist. Es fällt nicht schwer, diesen Befund zumindest zum wesentlichen Teil darauf zurück zu führen, dass die Region bislang nicht als öffentlich anerkannter und bekannter Akteur mit klaren öffentlich wahrnehmbaren Aufgaben, mit einer durchschaubaren Organisation und demokratischen Legitimation und vor allem einer akzeptierten Grenzziehung auftreten konnte. So gibt es mindestens drei sozusagen amtliche Regionsabgrenzungen (Metropolregion gemäß Ministerkonferenz für Raumordnung, Region Südhessen gemäß Landesplanung und das Gebiet des Regionalverbandes gemäß Metropolgesetz). Und es liegt in der Logik des Metropolgesetzes, gerade nicht zu definieren, was die Region denn eigentlich ist.

### **Befund (2):**

Die Rhein-Main-Region ist dennoch die tatsächlich gelebte Realität der großen Mehrheit ihrer Bürger. Trotz der diffusen Struktur haben die Menschen, die hier leben, ein kräftiges Bewusstsein regionaler Zugehörigkeit. Auf die Frage, in wie weit sich die Einwohner als „Rhein-Main Bewohner“ sehen, ordnen sich die 3000 Befragten auf einer Skala zwischen (1)



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

„trifft überhaupt nicht zu“ und (5) „trifft voll und ganz zu“ im Mittel bei einem Wert von 4,0 ein! Dieses Zugehörigkeitsgefühl ist bei den 1000 befragten Frankfurtern etwas höher (4,1), im engeren Umland (30 km um Ffm) ist es sogar noch etwas höher (4,2) und im weiteren Umland fällt es deutlich ab.

### **Befund (3):**

Dieses Regionalbewusstsein haben die Menschen neben und unabhängig davon, dass sie sich subjektiv auch als Frankfurter (Wert 3,8 auf der Skala) oder als Bewohner eines anderen Wohnortes (4,3) also z. B. als Bad Homburger oder als Flörsheimer fühlen. Und natürlich ganz unabhängig davon, dass sich diese Menschen auf den oberen räumlichen Ebenen auch als Deutsche (4,4), als Europäer (4,3) oder als Hessen (4,2) sehen. Wenn man im Rhein-Main-Gebiet lebt, hat man eben nicht nur eine, sondern zwei fast gleich stark ausgeprägte Bezugsebenen, die lokale und die regionale. Das Gefühl, dass man „Rhein-Mainer“ ist, besteht (und entwickelt sich mit der Dauer der Ansässigkeit) ohne dass dadurch das Gefühl einer lokalen Zugehörigkeit irgendwie gemindert würde.

Die drei Befunde legen die folgenden Schlussfolgerungen nahe:

- 1) Die Rhein-Main Bürger/innen würden es vermutlich begrüßen - und als Bereicherung und nicht als technokratischen Oktroi empfinden – wenn aus der „gefühlten“ Region auch eine tatsächlich erlebte Region würde: mit amtlich normierten Grenzen, mit hinreichend sichtbaren und gewichtigen Aufgaben, mit verständlicher Organisationsstruktur und mit Legitimation. Also mit dem Gegenteil von dem, was das Metropolgesetz gegenwärtig bietet, das diese Determinanten eher verschleiert.
- 2) Jede Verfassung, die man für die Region findet, sollte berücksichtigen, dass sie nicht an Stelle, sondern in Koexistenz und fruchtbarer Wechselwirkung mit den lokalen Einheiten entwickelt werden sollte, weil die Menschen die besondere Qualität der Rhein-Main-Region eben gerade nicht in erster Linie (wie z.B. in München) in der einheitlich besonderen Lebensart, in der einen typischen Landschaft, in der besonderen Sprache sehen. Sondern, dass sie davon schwärmen, wie sie in dieser Region in geringer Distanz enorme Vielfalt erleben können und dieses Angebot auch täglich nutzen. (Auch dafür liefert die Hertie Studie Belege).
- 3) Es gibt also nicht nur eine Vielzahl von Problemen, zu deren Lösung ein potenter regionaler Akteur wichtige Beiträge leisten könnte. Eine solche Institution auf der Ebene Region würde auch dem inzwischen entwickelten - positiven - Lebensgefühl der Zugehörigkeit zu



# INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

RheinMain jenseits der lokalen Bindungen entsprechen.

## **Vorschläge zu Organisation und Verfassung:**

Vordiesem Hintergrund werden nachfolgend zum Zweck der Diskussion Vorschläge und alternative Lösungsmöglichkeiten zur Verfassung der Rhein-Main-Region vorgelegt.

Wir sind der Auffassung, dass die Verbandsform bis auf Weiteres die beste Lösung für die Verfassung der Region darstellt. Diese Form erscheint am besten geeignet, der Region und dem entwickelten Regionalbewusstsein ein Gefäß zu geben- und dabei gleichzeitig den ausgeprägten lokalen Bindungen der Menschen gerecht zu werden. Und ein - gestärkter - Verband wird sehr wohl in der Lage sein, einen sehr viel substanzielleren Beitrag zur Lösung der sich in FrankfurtRheinMain anhäufenden Probleme zu leisten, als der gegenwärtige.

Das zeigen gut funktionierende „starke“ Verbände in anderen Metropolregionen mit ähnlichem Problemdruck. Allen voran der seit 1994 erfolgreich agierende „Verband Region Stuttgart“, aber auch der der „Regionalverband Ruhr“ oder die „Region Hannover“, die streng genommen allerdings kein Verband, sondern eine Gebietskörperschaft ist. Wir schlagen deshalb vor, den bestehenden Regionalverband FrankfurtRheinMain zu entwickeln und zu stärken.

Ferner halten wir eine Diskussion darüber für notwendig, warum in RheinMain nicht funktionieren soll, was anderen Orts sehr wohl funktioniert und dort von der Politik durchgesetzt werden konnte, hier aber nicht.

Das Beharren der hiesigen Politik auf dem Status quo ist ja nicht damit zu begründen, dass es hier keine dringlichen Probleme gibt oder weil sich die Menschen in unserer Region diesen Status quo wünschen (siehe Hertie-Studie). Wir glauben, dass der hier zu konstatierende Stillstand unter anderem in der Jahrhunderte alten (überwunden geglaubten) Tradition der territorialen Zersplitterung begründet ist und vor allem damit zu tun hat, dass es so etwas wie eine spezifisch hessische – und zu problematisierende – politische Kultur und Konstellation zu geben scheint, die in Sachen RheinMain-Region immer wieder zum Stillstand führt.

Und dazu gehört vor allem auch, dass man in Rhein-Main-Politiker, die sich in erster Linie um die Region kümmern, nicht wählen kann. Wählen kann man nur Kommunalpolitiker (im Zuge der Kommunalwahlen) oder Landespolitiker (im Zuge der Landtagswahlen). Wir räumen



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

deshalb der Frage der Legitimation des zu stärkenden Regionalverbandes, der Frage also, wer kann legitimiert und mit erster Priorität für die Region sprechen, einen hohen Stellenwert ein.

Übrigens: eben dem starken Verband Region Stuttgart und der Region Hannover wird auch der Ruhrverband ab 2020 ein direkt gewähltes Parlament haben.

### **Vorschläge zu Aufgaben/ Legitimation:**

Die zentrale und gewichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Verbandes ist die Erstellung des „Regionalen Flächennutzungsplanes“ und daneben noch des Landschaftsplanes. Über den Flächennutzungsplan aber können nach den Vorgaben des Grundgesetzes nur Delegierte entscheiden, die von den verbandsangehörigen Kommunen für die „Verbandskammer“ bestimmt werden. Damit kann diese Verbandskammer nicht eigentlich „die Stimme der Region“ sein, sondern sie ist vielmehr die Stimme der Kommunen, die sich mit dem Flächennutzungsplan/Landschaftsplan auf einen gemeinsamen Nenner einigen. Über diese mit der Aufgabe Flächennutzungsplanung grundgesetzlich verknüpfte Bedingung ist eine originär regionalpolitische Ausrichtung und Rolle des Verbandes somit a priori relativiert.

Sie wird zusätzlich durch den Umstand relativiert, dass der von der Frankfurter Verbandsverwaltung erarbeitete und von der Kammer zu beschließende „Flächennutzungsplan“ nur eine Planschicht für den Kernraum der Region (das Verbandsgebiet) darstellt. Damit daraus der rechtlich gültige „Regionale Flächennutzungsplan“ werden kann, muss er mit dem von der Geschäftsstelle beim Regierungspräsidenten in Darmstadt zu erarbeitenden und von einer weiteren Delegiertenversammlung (der Regionalversammlung Südhessen) zu beschließenden Regionalplan für ganz Südhessen zu einem Plan verschmolzen werden! Diese Konstruktion ist nicht nur kompliziert und für normale Bürger völlig unverständlich, sie führt eben auch dazu, dass der Verband als politische Stimme der Region sozusagen doppelt schwach legitimiert ist.

- Wir schlagen vor, dass zur politischen Stärkung / der Legitimation des Regionalverbandes als Stimme der Region- und aus Gründen der Transparenz und Vereinfachung - dem Verband - statt wie bisher die Aufgabe der Flächennutzungsplanung – die Regionalplanung übertragen wird. Für den Kernbereich der Region wird dieser Regionalplan wie bisher ergänzend auch im größeren Maßstab (1:50.000) dargestellt.





## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

- Es wird geprüft, ob der Kernbereich nicht zumindest auch Wiesbaden umfassen sollte.
- Für den o.g. Kernbereich wird der Verband mit der Erarbeitung eines sachlich vertieften Teilplans Landschaft (Landschaftsrahmenplan) im gleichen Maßstab beauftragt.

Als Entscheidungsgremium wird beim Verband ein direkt gewähltes Regionalparlament etabliert (in das auch Organmitglieder von Kommunen wählbar sind).

- Die Geschäftsstelle beim RP Darmstadt wird mit der Verbandsverwaltung in Frankfurt zusammengeführt. Die bisherige Regionalversammlung Südhessen erübrigt sich.
- Die Flächennutzungsplanung und die Landschaftsplanung werden auf die Gemeinden zurück übertragen. Den Gemeinden wird freigestellt, sich der Geschäftsstelle des Verbandes zu bedienen, um ihre Flächennutzungs- und Landschaftspläne im Auftrag erarbeiten zu lassen.

### **Alternative Überlegungen zur Lösung der Thematik:**

Wir sind uns bewusst, dass mit unserem Vorschlag das Verbandsgebiet auf ganz Südhessen erweitert und damit sehr groß würde. Wir haben uns deshalb mit folgenden Alternativen befasst:

(1) Das Verbandsgebiet Südhessen wird in eine engere Kern- (gemäß o.g. Abgrenzung), und die weitere Region aufgegliedert, der das Parlament in entsprechender Gliederung zugeordnet wird - mit den Abgeordneten für den Kernbereich und den weiteren Abgeordneten für das übrige Gebiet. Das Gesamtparlament ist für den Gesamtregionalplan Südhessen verantwortlich. Die Abgeordneten aus dem Kernbereich verantworten darüber hinaus alle weiteren Aufgaben des Verbandes.

(2) Der bisherige Zuschnitt der hessischen Regionen wird mit dem Ziel überprüft, eine für den Regionalverband FrankfurtRheinMain angemessene Abgrenzung zu bestimmen.

(3) Da eine Regelung gemäß Option (1) nicht restlos überzeugend ist und unter dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung steht und weil auch eine Neuordnung gemäß Option (2) nicht einfach und schnell zu haben sein wird, schlagen wir als vergleichsweise einfach zu realisierenden Zwischenschritt vor:



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

Die Geschäftsstelle beim RP wird mit der Geschäftsstelle beim Regionalverband in Frankfurt zusammengelegt. Diese gestärkte Geschäftsstelle ist für die Erarbeitung des „Regionalen Flächennutzungsplanes“ und des Landschaftsplanes für das Verbandsgebiet und des Regionalplanes für die Region Südhessen in ihren jeweiligen unveränderten Grenzen zuständig.

Ebenfalls bleiben die beiden Delegiertenversammlungen (Verbandsversammlung und Regionalversammlung Südhessen) bis auf weiteres bestehen, werden aber beide dem Regionalverband in Frankfurt zugeordnet.

Mit diesem Zwischenschritt wird der Verband in technischem Sinne gestärkt und werden die Planungsprozeduren etwas vereinfacht. Damit wird allerdings bis auf Weiteres das eigentliche Ziel, nämlich die Legitimation durch ein direkt gewähltes Parlament ebenso wenig wie die angemessene Abgrenzung des Verbandsgebietes erreicht.

### **Vorschläge für weitere wesentliche Aufgaben für den Kernraum:**

- Dem Verband wird die Aufgabe übertragen - über den Regionalplan samt sachlichem und räumlichem Teilplan Landschaft hinaus - für den Kernraum als gesondertes Planwerk ein urbanistisches und landschaftsplanerisches Leitbild zu erstellen. Für die Kernregion soll ein visuell sichtbares und emotional ansprechendes Bild aus gestalteter Landschaft und profilierten, in ihren Abgrenzungen erkennbaren Einzelkommunen entwickelt werden. Ziel ist es, die besondere Begabung der polyzentrischen Region, ihr Freiflächensystem mit eingesetzten Siedlungskörpern, weiter zu entwickeln und durch städtebauliche und Landschaft gestaltende Maßnahmen ästhetisch anschaulich erlebbar zu machen. Die vorgenannte wie auch alle weiteren unten genannten Aufgaben werden dem Verband auch für den Fall des Zwischenschrittes übertragen.
- Ein prononciertes Beispiel für eine urbanistische und gleichzeitig nachhaltige und zukunftsfähige Konzeption einer Stadt-Landschaft – Landschafts-Stadt soll für das Frankfurter Siedlungsprojekt beidseits der Autobahn im Rahmen eines Pilotprojektes (IBA?) entwickelt werden - im Zusammenwirken von Region, Stadt Frankfurt und den unmittelbar betroffenen Nachbarn Eschborn, Oberursel und Steinbach. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der „Verband Region Stuttgart“ zusammen mit der Stadt Stuttgart und weiteren Partnern kürzlich die „IBA Stadt Region Stuttgart 2027“ beschlossen und eine IBA-GmbH gegründet hat.
- Der gegenwärtige Regionalverband ist in weiteren Aufgabenbereichen –Wohnen (Wohnungsbedarfsprognose, Runder Tisch Wohnen, Innenentwicklungspotentiale) - Verkehr (Radschnellverkehrsplan, Machbarkeitsstudien, Pilotprojekte) - Klima/Energie (Klima-Energie-



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURT RHEINMAIN

portal, Regionales Energiekonzept) und Europaangelegenheiten sehr aktiv tätig. Es ist zu prüfen, wie diese Aufgabenfelder und gegebenenfalls weitere ausgebaut werden können. Stichworte sind: z.B.: Wohnraumversorgungskonzept, Wohnungsbauförderung, Bodenbevorratung, Erwerb von Anteilen am Gesellschaftskapital von öffentlichen Wohnungsgesellschaften. Hilfreich kann auch hier wieder ein Blick auf die Verbände Stuttgart und Ruhr sowie die Region Hannover sein, wo neben der Wohnungsbauförderung (Hannover) auch Aufgaben wie die Tourismusförderung, Abfallentsorgung und Trägerschaften von Teilen des öffentlichen Nahverkehrs angesiedelt sind.

- Die Rolle des Verbandes bei den bestehenden „Zusammenschlüssen zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung“ also bei der Kulturfonds GmbH, der KulturRegion Frankfurt RheinMain, dem Verein zur Standortentwicklung, der International Marketing Frankfurt RheinMain GmbH, der Gesellschaft für integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement und der Regionalpark Dachgesellschaft muss in Richtung auf eine „Holding“ gestärkt werden. Dabei sollen die unzweifelhaften Vorteile der „Zusammenschlüsse“ soweit als möglich erhalten bleiben (Freiwilligkeit, Einbindung der Kreise, Aufgaben angepasste Reichweiten, relativ kleine, handlungsfähige Einheiten).
- Der Verband übernimmt die Aufgabe, eine übergeordnete koordinierende Konzeption für die Aktivitäten der Gesellschaften zur Verbesserung des Gesamtnutzens und der Effizienz für die Region zu entwickeln. Dazu sollen auch Überlegungen zur Möglichkeit der Fusion einzelner Gesellschaften gehören.
- Zur Umsetzung der aus dem übergeordneten Konzept abzuleitenden Maßnahmen wird das Gewicht des Verbandes in den einzelnen Gesellschaften durch Aufstockung der Stimmanteile/der Anteile am Gesellschaftskapital verstärkt.
- Das Land befördert und unterstützt die Zusammenschlüsse und insbesondere ihre Ausrichtung auf das übergeordnete Konzept des Verbandes durch entsprechende finanzielle Förderung (Prinzip, das bereits beim Kulturfonds angewendet wird).
- Für besonders dringlich halten wir, dass das Land Hessen den Regionalpark stärker fördert (gegenwärtig ca. 200.000 € p.a.), so wie es für die Regionalparkprojekte in anderen Regionen der Fall ist: Landschaftspark Region Stuttgart: regelmäßige Landesförderung aus den mit 3,0 Mio.€ bzw. 2,0 Mio. € dotierten Programmen „interkommunale Landesgartenschau“ und „kleine Gartenschau“. Emscher Landschaftspark: Landes-, Bundes-, EU-Förderung bis 2015 20 Mio. € p.a.; ab 2015 Landesförderung 2,5 Mio. € p.a.;
- Außerdem halten wir es besonders im Fall der Regionalparkdachgesellschaft für angezeigt, dass der Regionalverband Frankfurt RheinMain eine stärkere Rolle übernimmt. Dem Verband muss Verantwortung für die angemessene Weiterführung dieses Erfolgsprojektes, -



## INITIATIVKREIS METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

seine Stärkung, seine weitere Entwicklung und die Ausschöpfung seines Potentials übernehmen; dazu Verantwortung für die Pflege und Erhaltung einschließlich des Grüngürtels Frankfurt. Durch Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt wird sichergestellt, dass dies im Hinblick auf die besonderen Ziele und Bedingungen für den Grüngürtel im Einvernehmen geschieht.

Wiederum ist ein Blick auf die drei anderen Regionen hilfreich: Förderung des Landschaftsparks Region Stuttgart aus Eigenmitteln des Verbandes 1,8 Mio. € p. a. Förderung des Em-scher Landschaftsparks aus Eigenmitteln des Ruhrverbandes 9,8 Mio. € p. a. Auch die Region Hannover fördert im Rahmen des „Regionalen Naherholungsprogrammes“ zahlreiche Projekte mit Zuschüssen – in der Größenordnung von 650.000, -- EUR p.a. bei einem im Vergleich zum Regionalpark nicht halb so großen Gebiet.

Frankfurt am Main, den 11. Januar 2018  
Initiativkreis Metropolregion FrankfurtRheinMain

### Die Unterzeichner

**Harald Fiedler** (Friedrichsdorf), langjähriger DGB-Vorsitzender, Region Frankfurt-Rhein-Main

**Rolf Gnadt** (Glauburg), Ehemaliger Bürgermeister und Landrat im Wetteraukreis

**Manfred Ockel** (Kelsterbach), Bürgermeister, Geschäftsführer Regionalpark Rhein-Main Südwest GmbH

**Gerd Mehler** (Flörsheim), Ehemals Erster Kreisbeigeordneter im MTK, Gründungsgeschäftsführer bei der RMV-Vorbereitungsgesellschaft, Geschäftsführer der Rhein-Main-Abfall GmbH

**Dr. Lorenz Rautenstrauch** (Darmstadt), Ehemaliger Abteilungsleiter Planung beim Umlandverband und beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, Ideengeber beim Regionalparkprojekt und als Geschäftsführer verschiedener Regionalparkgesellschaften, Macher bei der Umsetzung der Projektidee

**Jens Scheller** (Bad Homburg), Diplom Geograph, ehemaliger Erster Beigeordneter beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

**Alfred Schubert** (Frankfurt a.M.), Gründungsbeigeordneter beim Umlandverband Frankfurt, langjähriger Bürgermeister in Hattersheim a.M. und Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

**Jürgen Schultheis** (Offenbach a.M.), Politikwissenschaftler, ehemaliger Redakteur der Frankfurter Rundschau und Initiator der Landschafts- und Strukturausstellung Regionale / Metropolitana